

## Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, Grünen Mariahilf, ÖVP Mariahilf und der NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2020 gemäß §24 GO-BV folgenden

### Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stelle der Stadt Wien, MA 13, zu ersuchen, Möglichkeiten zur Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments auf Basis der Erfahrungswerte der Initiative „Werkstatt Junges Wien“ sowie den Erfahrungen von in anderen Bezirken schon durchgeführten Jugendparlamenten zu prüfen und in Kommission „Miteinander Leben Lernen Gestalten“ vorzustellen.

### Begründung

In Kinder- und Jugendparlamenten, soll der Jugend Lust auf Mitgestaltung, Demokratie und Mitbestimmung im Bezirk gemacht werden und ihnen Gelegenheit gegeben werden, nachhaltige und echte politische Partizipation kennenzulernen und konkret zu leben und zu erleben. Es soll ihnen hierbei ermöglicht werden, Verantwortung zu übernehmen, Freude am gemeinsamen Arbeiten/gemeinsamen Projekten zu gewinnen, sich in den bezirkspolitischen Gestaltungsprozess real einzubringen und entsprechende Anerkennung zu finden.

Im Zusammenwirken mit „Werkstatt Junges Wien“ und auf Basis der Erfahrungswerte aus vorangegangenen Jugendparlamenten könnte ein Mariahilfer Kinder- und Jugendparlament neu und visionär gedacht werden – die Jugend ist schließlich die Zukunft unserer Gesellschaft.



Mariahilf versteht sich als Bezirk, der das Engagement und die Potentiale der Jugend fördert, der in die Zukunft schaut – ein neu gedachtes modernes Kinder- und Jugendparlament kann ein Baustein sein, um Lust an demokratischen Entscheidungsprozessen und aktiver Mitgestaltung zu wecken und so Politikverdrossenheit vorzubeugen



neos



Die neue  
Volkspartei

Mariahilf

## Neue Route der Buslinie 57A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf, SPÖ Mariahilf, Grüne Mariahilf und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. Dezember 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ab der Kreuzung Gumpendorfer Straße/Getreidemarkt eine neue Streckenführung der Buslinie 57A festgelegt wird, welche diese künftig statt zur Station Burgring zu jener am Dr.-Karl-Renner-Ring als ihre Endstelle führt.

### Begründung

Seit vielen Jahren besteht der Wunsch der Bevölkerung, dass die Buslinie 57A die Station Dr.-Karl-Renner-Ring anfährt, um damit eine direkte, barrierefreie Anbindung an die Linien U3, U2, 46, 49 und 48A zu erhalten. Zahlreiche Menschen in Mariahilf und darüber hinaus würden von einer Linienführung des 57A via Getreidemarkt, Museumsplatz und Bellariastraße zum Dr.-Karl-Renner-Ring sowie über die Nebenfahrbahn am Burgring zurück zur Stammstrecke auf der Babenbergerstraße profitieren.

Marcel Flitter

## Citybus Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. Dezember 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, die Wiener Linien mit der Ausarbeitung eines erweiterten Citybuskonzepts zu beauftragen, das eine neue Route vom stadteinwärts gelegenen Teil Mariahilfs (Mariahilfer Straße) über den ersten Bezirk bis hin zum Karmelitermarkt vorsieht.

### **Begründung**

Die ehemalige Buslinie 2B wurde im Jahr 2014 - nach Änderung und Teilung in 2A und 2B im Jahr 2013 - seitens der Wiener Linien aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seitdem gibt es den Wunsch der Mariahilfer Bevölkerung, diese Linie wiedereinzuführen, da es aktuell aus dem 1. Bezirk keine Möglichkeit gibt, den unteren Bereich der Mariahilfer Straße mit Öffis zu erreichen.

Initiativen in der letzten Legislaturperiode wurden seitens der Wiener Linien mit dem Argument zurückgewiesen, dass der 13A einen Teil der Mariahilfer Straße abdeckt. Dies ist mit der neuen Streckenführung des 13A seit dem Herbst 2020 nicht mehr gegeben. Dem Argument der Unwirtschaftlichkeit kann durch ein neues, erweitertes Konzept begegnet werden, das die Mariahilfer Straße (6. und 7. Bezirk) mit dem 1. Bezirk bis hin zum Karmelitermarkt im 2. Bezirk verbindet.

Der Ausbau des Citybusnetzes mit den Eckpunkten Mariahilfer Straße und Karmelitermarkt findet sich auch im neuen Regierungsübereinkommen der Stadtregierung. Mit der Ausarbeitung der konkreten Streckenführung kann nun dem jahrelangen Wunsch der Bevölkerung nach Wiedereinführung einer Öffi-Verbindung entsprochen werden.

Sandro Beer

Gerhard Hammerer

## Aufzugsanlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. Dezember 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.a Ulli Sima im Zusammenwirken mit dem zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, den Bezirk bei der Realisierung der Aufzugsanlage in der Corneliusgasse zu unterstützen und nach Möglichkeit zu fördern, insbesondere durch Aufnahme des Projekts in die 50% Förderung seitens des Bundes im Rahmen des Gemeindepakets.

### **Begründung**

Mariahilf hat als Gender Mainstreaming Musterbezirk Anfang der Nuller-Jahre mit einem Aufzug eine barrierefreie Verbindung zwischen der Stiegengasse und der Windmühlgasse geschaffen. Seitens der Anrainer/innen der Corneliusgasse und im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Bereichs vor der VS Corneliusgasse wurde der Wunsch zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege geäußert, insbesondere weil die Stiege auch Teil des Schulwegs ist.

Laut Gutachten der zuständigen Fachdienststellen ist die Installierung einer Aufzugsanlage von der Corneliusgasse aus gesehen links der Stiege technisch möglich, 630.000 Euro werden laut Kostenschätzung für die Errichtung veranschlagt. Da dieser Betrag aufgrund des geringen Bezirksbudgets für Mariahilf nur schwer zu stemmen ist, ersuchen wir um eine Unterstützung seitens der Stadt Wien. Mit dem im Juni 2020 im Nationalrat beschlossenen Gemeindepaket ergibt sich nun die Möglichkeit, einen 50%-Kostenzuschuss des Bundes für dieses Projekt zu erhalten.

Die zuständigen Stadträt/innen werden daher ersucht, die Aufzugsanlage in die Wien-Liste des Gemeindepakets aufzunehmen, um von der 50% Förderung durch den Bund zu profitieren bzw. aufgrund der überregionalen Bedeutung des Projekts zusätzliche Förderungen seitens der Stadt Wien zu gewähren.

Sandro Beer

Gerhard Hammerer

## Optimierung der Mobilität und der Schulwegsicherheit in der Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und der NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, MA 28) zu ersuchen, eine Optimierung der Mobilität und der Schulwegsicherheit in der Liniengasse im Abschnitt Millergasse bis Aegidigasse zu prüfen und umzusetzen.

Die Optimierung soll insbesondere das Potenzial, mit Fokus auf mehr Verkehrssicherheit vor allem für SchülerInnen, FußgeherInnen und Radfahrenden, abbilden. Demnach soll eine Anpassung der Gehwege auf die vorgegebene Frequenz hergestellt werden. Um den Lückenschluss in der Liniengasse für das Radfahren gegen die Einbahn zu ermöglichen soll auch dieser Bedarf im Projekt berücksichtigt werden. Im besagten Bereich soll die Ausweitung von Anwohner\*innen Parken geprüft und nach Möglichkeit verordnet werden. (Etwaige, notwendige, zusätzliche Schutzwege sollen ebenfalls einer Prüfung unterzogen werden)

### Begründung

Die Liniengasse weist vor allem im besagten Bereich Optimierungsbedarf auf, einerseits durch die unmittelbare Einbindung als Schulweg, andererseits durch den relativ schmalen Querschnitt der Gehsteigflächen. Weiters befinden sich Nahversorger, sowie ein Kindergarten in diesem Bereich. Somit ist auch die Fußgänger\*innen Frequenz eine erhöhte und Gehsteigbreiten sollten angepasst werden. Die Neusituierung der Verkehrsflächen soll auch den benötigten Lückenschluss für das Radfahren gegen die Einbahn in der Liniengasse ermöglichen

## Bürger\*innenbeteiligung "Zukunft der Gumpendorfer Straße"

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 53) zu ersuchen, einen geeigneten Beteiligungsprozess (Bürger\*innenbeteiligung), sowie dessen Durchführung mit allen relevanten Dialoggruppen (Bewohner\*innen, Schüler\*innen, Geschäftstreibende, Organisationen, etc.) zur Erarbeitung eines neuen Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für den gesamten Bereich der Gumpendorfer Straße, unter Einbeziehung und Mitwirkung des Bezirksvorstehers Markus Rumelhart und der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission durchzuführen.

### Begründung

Ziel soll es sein, parallel zur Potenzialanalyse der Gumpendorfer Straße, einen geeigneten Beteiligungsprozess vorzubereiten. Dieser Beteiligungsprozess soll dann, auf Basis der erhobenen Rahmenbedingungen und in Zusammenarbeit mit den Expert\*innen der Stadt Wien, unter Einbeziehung der Bewohner\*innen, Schüler\*innen, Geschäftstreibenden und anderen relevanten Nutzer\*innengruppen, zur Erarbeitung neuer Ideen und Konzepte in Bezug auf Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes in der Gumpendorfer Straße, zeitnah durchgeführt werden.

Im geplanten Beteiligungsprozess müssen vor allem die Wünsche und Anregungen aller Beteiligten, sowie der Aspekt der Kindergarten- und Schulwegsicherheit und der Verkehrssicherheit, die Gumpendorfer Straße als Straße der Expert\*innen als Einkaufsstraße und Nahversorger, der öffentliche Verkehr, die Berücksichtigung der angepeilten Klimamaßnahmen, sowie Bedürfnisse der sozialen Einrichtungen vor Ort eine wesentliche Rolle spielen.

## Gemeindebaubenennung nach BM a.D. Rudolf Hundstorfer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ  
Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2020 gemäß § 24 GO-BV  
folgenden

### Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die Amtsführende Stadträtin für  
Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Vizebürgermeisterin Katrin Gaal zu  
ersuchen die neu entstehende städtische Wohnhausanlage 1060 Wien, Stumpergasse 56  
nach BM a.D. Rudolf Hundstorfer zu benennen.

### Begründung

BM a.D. Rudolf Hundstorfer hat viele Jahre seines Lebens und Wirkens, bis zu seinem  
Tod, in Mariahilf gewohnt. Er war für die Mariahilfer Bevölkerung immer greifbar  
ansprechbar und präsent.

Der verstorbene Rudolf Hundstorfer hat in der umliegenden Nachbarschaft der  
Stumpergasse 56 bis zu seinem Tod gewohnt. Sein Grätzel lag ihm immer sehr am  
Herzen.

**Rudolf Hundstorfer** (\* 19. September 1951 in Wien; † 20. August 2019 auf Brač,  
Kroatien<sup>1)</sup>) war ein österreichischer Politiker (SPÖ), ÖGB-Gewerkschaftsfunktionär und von  
2006 bis 2008 Präsident des ÖGB. Hundstorfer war von Dezember 2008 bis Jänner 2016  
Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Am 4. November 2016  
wurde er zum Präsidenten der Österreichischen Bundessportorganisation (BSO) gewählt.  
Am 16. Mai 2018 gab wurde Hundstorfer zum neuen Vorsitzenden der Wiener  
Teilorganisation der Wohlfahrtshilfe gewählt

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf\\_Hundstorfer](https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Hundstorfer)



## Queeres Jugendzentrum in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2020 gemäß §19 Abs. 5 GO BV folgenden

### Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf unterstützt, das vom Wiener Gemeinderat beschlossene queere Jugendzentrum und möchte dieses Vorhaben proaktiv unterstützen.

### Begründung

Der LGBTIQ+ Community zugehörige Jugendliche haben spezifische Beratungsbedürfnisse, die in allgemeinen Jugendzentren nicht abgedeckt werden können. Best-Practice-Beispiele in vielen anderen Städten zeigen, dass die optimale Lösung ein eigenes queeres Jugendzentrum mit spezialisierten Fachkräften und einem spezifischen Angebot ist. Solche spezifischen Jugendzentren gibt es bereits in anderen Metropolen, beispielsweise in Berlin, München, Brüssel, Paris, Köln.

Ein solches Jugendzentrum wird aber nur mit der Expertise der LGBTIQ+ Community selbst erfolgreich sein können. Es bietet sich an, dieses queere Jugendzentrum gemeinsam mit der HOSI Wien, als größter Trägerin queerer Jugendarbeit, umzusetzen. Dabei geht es keinesfalls darum, in Konkurrenz zu bestehenden Strukturen zu treten oder diese zu ersetzen, sondern zu ergänzen.

Schon immer war Mariahilf ein LGBTIQ+ Zentrum in Wien. Sehr viele Lokale der Community waren und sind im 6. Bezirk angesiedelt und die angebotenen Beratungsleistungen stechen gegenüber anderen Bezirken hervor. Zusätzlich zur dichten Infrastruktur sozialer Einrichtungen im Bezirk eignet sich Mariahilf damit hervorragend als Standort für das queere Jugendzentrum.

Elisabeth KATTINGER

Bastian DE MONTE

Jan LIEWEHR

Sandro BEER

## Erklärung zum Menschenrechtsbezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ  
Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.12.2020 gemäß § 24 der  
Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

### Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf erklärt hiermit die Menschenrechte in all ihren  
Kompetenzbereichen zu achten und zu fördern sowie weiters sich am Projekt „Wiener  
Menschenrechtsbezirke“ (Konzept siehe Beilage zum Beschluss) zu beteiligen.

### Begründung

Wien hat sich mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 2014 zu „Wien – Stadt  
der Menschenrechte“ deklariert. Das Projekt „Wiener Menschenrechtsbezirke“ hat zum  
Ziel die Deklaration, vor allem hinsichtlich jener Aufgaben, die im Handlungs- und  
Gestaltungsspielraum der Bezirke liegen, auch auf Ebene der Bezirke formal zu  
verankern. Diese betreffen insbesondere jene Menschenrechte, welche direkte  
Auswirkungen auf das Leben der Menschen, das Zusammenleben im Bezirk und den  
Alltag der Bezirksbewohnerinnen und -bewohner haben. Die Beteiligung am Projekt  
„Wiener Menschenrechtsbezirke“ bietet die Möglichkeit das Engagement Mariahilfs in den  
Kontext Menschenrechte zu stellen und für die Bezirksbewohnerinnen und -bewohner  
sichtbarer zu machen.

Beilage: Konzept „Wiener Menschenrechtsbezirke“